

# Kommentar

**Clemens Rosenkranz**

## Verbundboss bläst zum letzten Halali



Die geplante Hochzeit zwischen Verbund und OMV ist alles andere als eine Liebeshe. Unterm Strich könnte die Fusion für die Partner mehr zerschlagenes Porzellan als Synergien bringen, auch den zwei Konzernlenkern ist bewusst, dass bei sechs von zehn Firmenehen die erwarteten Synergien ausbleiben. Dieses Risiko juckt sie aber offenbar kaum, denn nicht Liebe, sondern Interessen haben die Ehelust angefacht. Der OMV kam der Deal sehr recht, kann sie sich mit dem Stromgeschäft doch noch tiefer integrieren, und hochprofitabel ist der Verbund allemal.

Triumph für Hans Haider, den Chef des größten heimischen Stromkonzerns: Er kann bei der ungeliebten Stromlösung endlich die Bedingungen diktieren. EVN, Wien Strom und Tiroler Tiwag mit ihrer Verbund-Sperrminorität haben Pech: Die gesamte heimische Politik, neben Regierung auch die SPÖ, steht hinter der ölig-elektrischen Ehe, auch die Wirtschaft, die bis vor Kurzem noch gebetsmühlenartig geklagt hatte, durch Quasi-Monopole zu viel für den Strom zu zahlen. Offenbar reicht ein Machtwort von Kanzler Wolfgang Schüssel, und alle stehen Habt Acht. Bei den Landesversorgern schrillen ob der anstehenden Aufhebung der Bestimmung, dass die Länder im Strom das Sagen haben, alle Alarmglocken. In diesem Fall dürften die Landesversorger allesamt von ausländischen Stromriesen geschluckt werden. Bei EVN, Kärntner Kelag und Estag (Steiermark) sind sie schon massiv präsent. Gibt das Parlament die Jagd auf die Stromzwerge frei, kann der Verbund-Chef triumphieren. Der Gejagte Haider ist zum Jäger geworden, die Landesversorger werden wohl zähneknirschend der Selbstentmachtung zustimmen müssen. Denn es dürfte nicht so schwer sein, die Länder, die mit Verbundaktien schon Bombengeschäfte gemacht haben, dazu zu bringen, das viel bessere Übernahmeangebot der OMV mit Handkuss anzunehmen.

**Christine Wahlmüller**

## Und ewig ist das Hausfrauen-Los



Früher hörte man oft: „So eine Emanze.“ Und von Gleichberechtigung war schon gar nicht die Rede. Die Zeiten haben sich aber geändert. Heute ist Gender Mainstreaming in aller Munde. Was nichts daran ändert, worum es wirklich geht. Egal ob Mann oder Frau, jede/-r sollte die Chance haben, unabhängig vom Geschlecht, das aus seinem Leben zu machen, was er oder sie möchte – und zwar ohne jeglichen Nachteil. Und da schneiden wir Frauen unglücklicherweise noch immer recht schlecht ab.

Vor allem wir, die wir in Mitteleuropa leben. Das ist schade. Aber leider Realität. Auch wenn jetzt zum Beispiel die Stadt Wien versucht, mit Gender Budgeting politisch aktiv zu werden. Das klingt zwar politisch gut, aber in der Realität bleiben die Frauen in schlecht bezahlten Teilzeitjobs auf der Strecke, sofern sie sich für Kinder und Familie entscheiden. Mit der Karriere ist es meist vorbei, und das Leben verläuft so wie seit jeher. Frauen „schupfen“ Kinder und Haushalt, der Mann mutiert zum Geldverdiener und Familien-Erhalter. Klassisch. Müsste aber nicht so sein. In Skandinavien oder Frankreich schaut die Situation schon ganz anders aus. Dort ist es selbstverständlich, dass Frauen ihren Job haben und es genug Kinderbetreuungseinrichtungen gibt.

Warum ist das nicht auch hierzulande möglich? Da wird lieber politisch opportunistisch ein Kinderbetreuungsgeld gewährt. Die Konsequenz davon: Frauen werden bewusst ins klassische Rollenbild hineingedrängt. Viel besser wäre es doch, neben der finanziellen Unterstützung für Familien politisch dafür Anreize zu schaffen, dass Frauen in qualifizierten Jobs (weiter) berufstätig sein können. Auch die Unternehmen sind gefordert.

Wir alle müssen lernen umzudenken. Dann erst ist Gender Mainstreaming realistisch, aber vielleicht gar nicht mehr notwendig.

## We are not amused!

Hugo Chávez und Evo Morales verunsichern die Wirtschaftsmächte. Ist die einzige mögliche Antwort darauf Rüge? Oder kann die Europäische Union hier auch etwas lernen? Von Managern zum Beispiel?

**Rudolf Attems**

Nach kürzeren und längeren Diktaturen, nach wohlmeinenden Ratschlägen zur Entstaatlichung der Wirtschaft seitens der „erfahrenen“ Industrieländer und darauf folgender korrupter Bereicherung einer herrschenden Elite, die mit ausländischen Konzernen gemeinsame Sache hinsichtlich Ausbeutung betrieben, haben etliche der südamerikanischen Länder wieder ihre eigene Stimme, ihre Autonomie (= Selbstbestimmung) entdeckt.

Nehmen wir einmal an, hier handelt es sich um keine Guerilleros, sondern um vom Volk gewählte Politiker, die längst fällige Änderungen ihres politischen Systems angehen wollen. Sie würden eine Konjunktur der Rohstoffe auf dem Weltmarkt zum Systemumbau nutzen wollen, der in größere soziale Gerechtigkeit münden soll.

Sicher: Wir wissen nicht, wo das enden wird, und die „neuen“ Präsidenten in Südamerika tun es auch nicht. Aber um welche Ungewissheiten geht es hier? Um zweierlei – je nach Interessenlage: Da wird auf der einen Seite von europäischen Staatsmännern gleich der Zeigefinger erhoben: „Aber, aber, so was tut man nicht (Enteignung der ausländischen Ölfirmen). Man darf nicht Rechtsunsicherheit aufkommen lassen bei Unternehmen, die ihr gutes Geld in eurem Land anlegen.“ Was hier

verständlicherweise geschützt werden soll, ist das Recht auf Eigentum, und das ist im Kapitalismus unantastbar, gleichgültig wie es erworben wurde.

Was die andere Seite für sich in Anspruch nimmt, ist ein anderes Recht: jenes auf soziale Gerechtigkeit, Bekämpfung der Armut und das Recht auf Bildung. Es ist natürlich kein Zufall, dass auf dem Gipfel in Wien Menschenrechte weniger das Thema waren als die wirtschaftlichen Beziehungen. Der Zeigefinger von Schüssel und Annan taucht wie in einem Bild aus der rechten oberen Ecke, von Wolken leicht verdeckt, auf: Ein göttlicher Fingerzeig von dort, wo die Macht wohnt? We are not amused, are we?

### Die Musterunterbrechung

Mit einigem an Show und Selbstdarstellung wird das Genthema des Bildes von seinen Hauptprotagonisten entwickelt. Man diskutiert lieber mit „Linken“ und Herrn Altvater, als in Schönbrunn mit dem politischen Establishment zu dinieren. Aber stellen wir uns vor, die neuen Präsidenten dieser Länder hätten nicht diesen Schock im Establishment erzeugt. Sie dürften wohl kaum darauf hoffen, ihre Rolle als zu belehrende Bittsteller verändern zu können. Wir haben es hier, um eine Vokabel aus der Organisationsprache zu verwenden, mit der Notwendigkeit einer Musterunterbrechung zu tun. Manager

wissen, dass Veränderungen oft nur möglich werden, wenn ein Unterschied gemacht wird, der einen Unterschied macht.

Was also müssen Politiker aus Staaten machen, die ihrem Land eine gleichberechtigte Stimme im globalen Konzert verleihen wollen? Die also gehört und ernst genommen werden wollen? Sie müssen eine andere, deutliche Sprache sprechen! Es ist zu hoffen, dass solche Prozesse im globalen Konzert verstanden werden. Nur dann können sie weg vom Kapitalismuskonzept und hin zu neuer Partnerschaft führen.

Denn wenn diese Länder auch einmal (hoffentlich) Gesetze erlassen, die ihre Arbeitenden vor ausbeuterischen Konzernen schützen sollen – wird man Ihnen dann ebenfalls sagen „We are not amused! Dann gehen wir eben in ein anderes Land“? Dann werden sie wissen, dass das globale Konzert nicht gleichberechtigt klingt und dass Menschenrechte eine Frage sind, die einzig und allein das Wirtschaftssystem der Mächtigen entscheidet.

*Rudolf Attems ist Organisationsberater und verfügt über lange Erfahrung in Cross Culture-Projekten. Der Autor mehrerer Bücher war bis 1997 über zwölf Jahre Leiter des Managementinstituts der Industriellenvereinigung (MDI) und ist geschäftsführender Gesellschafter der Attems, Weber Organisationsberatung.*

## Karikatur der Woche



Diversity Management...

Zeichnung: Kilian Kada